

Von Menschen statt nur aus Büchern lernen.

Wir Freie Demokraten wollen Chancen durch Bildung für jede und jeden in Europa ermöglichen. Denn Bildung ist die Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Wir fordern dazu die Einführung einer neuen Grundfreiheit – der Bildungsfreizügigkeit! Ob im Schüleraustausch in Frankreich, der Berufsausbildung in Schweden, im Studium in Polen oder im Freiwilligendienst in Malta – Europa soll schon früh mit all seinen Facetten erfahrbar sein.

Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit.

Wir wollen, dass junge Menschen Ausbildungschancen in jedem EU-Land ihrer Wahl haben. Die Bologna-Reform hat bereits den Studierenden ermöglicht, ihr Studium an Hochschulen in verschiedenen Ländern zu absolvieren. Die Chance, die Ausbildung in anderen EU-Ländern zu absolvieren, soll auf die berufliche Ausbildung ausgeweitet werden. Zudem sollen alle Schülerinnen und Schüler in der EU – unabhängig von den finanziellen Verhältnissen – die Möglichkeit bekommen, mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen.

Mit einem europäischen Berufsausbildungsmarkt Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.

Wir wollen, dass junge Menschen zukunftsfähige Qualifikationen erwerben und danach schnell ihre erste Arbeit finden können. Denn Jugendarbeitslosigkeit aufgrund mangelnder Arbeitsplätze hindert Menschen am Eintritt in die Berufswelt und das selbstständige Leben. Europa soll aber ein Kontinent der besten Chancen gerade für junge Menschen sein. Für Schul-, Ausbildungs- und Hochschulabsolventen soll daher der Zugang in die Ausbildungs- und Arbeitsmärkte europaweit so leicht wie möglich werden. Dazu wollen wir die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten vereinfachen. Zudem fordern wir eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsagenturen sowie die Gründung einer Europäischen Ausbildungsagentur (EAA) zur Vermittlung freier Ausbildungsplätze in anderen EU-Ländern.

Erasmus+-Programme in der beruflichen Bildung ausweiten.

Mit einem Ausbau der Mittel für Erasmus+ wollen wir noch mehr jungen Menschen einen Studien- oder Praktikumsaufenthalt im europäischen Ausland ermöglichen. Jedem jungen Menschen muss es möglich sein, einen Teil oder seine ganze Ausbildung in einem anderen Land der Europäischen Union zu absolvieren.

Die hohen Zugangshürden der entsprechenden Förderprogramme müssen dazu dringend gesenkt werden.

Studieren in Europa vereinfachen.

Um die Mobilität von Studierenden und Lehrenden an allen Hochschulen in Europa weiter zu stärken, wollen wir eine neue Dynamik für Bologna. Daher setzen wir uns für europaweit angegliche Semesterzeiten und eine umfangreichere gegenseitige Anerkennung von Studienmodulen und -abschlüssen ein, damit ein Auslandssemester die Studienzeit junger Menschen nicht zwangsläufig verlängert. Zugleich fordern wir eine Anpassung der Endzeiten der schulischen Ausbildung und des Startzeitpunkts der beruflichen oder akademischen Ausbildung. Mit einem europäischen Online-Bewerbungstool soll man sich über die vielfältigen Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten in ganz Europa informieren und sich zentral bei Hochschulen bewerben können. Darüber hinaus wollen wir den europäischen Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erleichtern.

Europa muss die Chancen digitaler Bildung nutzen.

Wir unterstützen die Einrichtung von digitalen Bildungsplattformen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger Zugang bekommen sollen. Nach dem Vorbild der „Open University“ sollten digitale Bildungsplattformen in allen Sprachen der EU ihre Bildungsinhalte in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) über das Netz zur Verfügung stellen.

Schülerinnen und Schüler sollen einfach umziehen können.

Der Umzug in ein anderes Land mit den Eltern ist für Kinder oft ein Bruch in der Bildung. Wir wollen klare Regeln, wie Schulnoten und Schulklasse zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten fair umgerechnet werden können. Abschlüsse an der Sekundarschule des einen Landes sollen in anderen Ländern anerkannt werden.

Mehrsprachigkeit in Kitas und Schulen fördern.

Wir setzen uns für eine Förderung des Sprachenunterrichts und der Sprachkenntnisse von der Kita bis ins hohe Alter in der gesamten EU ein. Denn einander zu verstehen, ist Grundbedingung europäischer Öffentlichkeit und Politik. Egal ob bei Reisen ins Ausland, in der Ausbildung, beim Studium und bei der Arbeit oder in der Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern. Wir wollen daher, dass jeder Mensch in Europa mindestens zwei Fremdsprachen sprechen kann.

Europas Chancen nutzen.